

Mexikanische Menschenrechtskommission rügt Behörden mangels Sorgfalt bei hochtoxischen Pestiziden

Ulrike Bickel

Mexiko, 18.2.2019

Die nationale Menschenrechtskommission von Mexiko (CNDH) hat Ende Dezember die Empfehlung Nr. 82/2018 verabschiedet wegen Nichterfüllung der notwendigen Sorgfaltspflichten durch die Ministerien für Umwelt und Naturressourcen (SEMARNAT) und für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (SADER), der staatlichen Kommission zum Schutz vor gesundheitlichen Risiken (COFEPRIS) und dem Amt für Lebensmittelsicherheit (SENASICA), damit die Vermarktung und Nutzung hoch gefährlicher Pestizide eingeschränkt wird.

Hochgefährlicher Pestizide (Englisch: Highly Hazardous Pesticides, HHPs) sind laut der internationalen Umweltorganisation Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) Agrarchemikalien, „die für die menschliche Gesundheit, für Tiere und für die Umwelt besonders gefährlich sind bzw. unter den jeweiligen Anwendungsbedingungen schwere oder irreversible Schäden auf die Gesundheit oder die Umwelt verursachen. Hierzu zählen Pestizide, die beispielsweise Krebs verursachen, die Fortpflanzung schädigen, das Erbgut verändern oder die hormonschädlich, ozonschädlich oder hoch bienengefährlich sind“ (<https://pan-germany.org/pestizide-uebersicht/hhps-themenseite/>).

Die Versäumnis des mexikanischen Staates, Politiken zur adäquaten Regulierung hoch gefährlicher Pestizide in ihrem gesamten Produktzyklus durchzusetzen, bedeute der CNDH zufolge eine Verletzung der Menschenrechte auf Nahrung, sauberes Wasser, eine gesunde Umwelt und Gesundheit.

Mitte 2017 hatten 43 Personen vor der mexikanischen Menschenrechtskommission Beschwerde eingereicht, um sich über die unzureichende Beschränkung hoch gefährlicher Pestizide zu beklagen. Die Menschenrechtskommission äußerte nach eingehender Prüfung, dass der legale Rahmen zur Pestizid-Regulierung die Vermarktung und Nutzung hoch gefährlicher Pestizide erlaube, die schwerwiegende Schäden an der Gesundheit der Bevölkerung, der biologischen Vielfalt und der Umwelt verursachen. Es existiere eine große Anzahl unbefristeter Pestizid-Zulassungen auch hoch toxischer Substanzen, deren Schädlichkeit von internationalen Organisationen wie der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO, der Weltgesundheitsorganisation WHO und dem Pestizid-Aktions-Netzwerk PAN wissenschaftlich dokumentiert seien. Deren Einsatz sei nach völkerrechtlichen Verträgen verboten, die Mexiko unterzeichnet habe – darunter das Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht von 1987, die Übereinkommen von Rotterdam über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennntnissetzung für bestimmte gefährliche Chemikalien von 1998 und das Übereinkommen von Stockholm über persistente organische Schadstoffe von 2001.

Beispielsweise hat Mexiko von den 35 Pestiziden, die durch das Rotterdam-Übereinkommen verboten werden, nur den Import von 20 verboten; hingegen erlaubt es den Austausch für 10 unter bestimmten Bedingungen, und zu den restlichen fünf Substanzen hat es sich nicht geäußert. Von den 17 Pestiziden, die vom Stockholm-Übereinkommen erfasst werden, hat Mexiko nur für 8 die Konditionen akzeptiert.

Die mexikanische Sektion von PAN hatte im Wahlkampf 2018 kritisiert, dass die meisten Präsidentschaftskandidaten das Problem massiven Pestizideinsatzes in Mexiko überhaupt nicht in ihren Wahlprogrammen zu den Themenbereichen Umwelt, Landwirtschaft oder Gesundheit erwähnt hatten – wenngleich zumindest die Partei des neu gewählten Präsidenten Andrés Manuel López Obrador, Bewegung der Nationalen Erneuerung (Morena), die Agrarökologie als Leitbild aufgeführt habe (<http://www.rapam.org/los-agrotoxicos-el-tema-olvidado-de-las-campanas-necesita-mayor-atencion-del-nuevo-gobierno/>). PAN-Mexiko hat 2017 in einer umfassenden Studie dargelegt, wie durch den Einsatz hoch toxischer Pestizide die Menschenrechte auf Gesundheit, Leben, Nahrung und Wasser sowie eine saubere Umwelt verletzt werden (<http://www.rapam.org/wp-content/uploads/2017/09/Libro-Plaguicidas-Final-14-agst-2017sin-portada.pdf>).

Aufgrund dieser Versäumnisse hat die Menschenrechtskommission Menschenrechtsverletzungen festgestellt, weil die mexikanische Regierung die völkerrechtlichen Verträge nicht respektiert, die die Regulierung und schrittweise Eliminierung bzw. der Rückruf von Genehmigungen und Informationsverbreitung betrifft.

Die Menschenrechtskommission hat dem mexikanischen Kongress (Parlament) seine Empfehlung zugestellt, damit dieser die nötigen gesetzlichen Änderungen im Bereich der Pestizidzulassungen vornimmt, beispielsweise im Gesundheits-Gesetz, im Gesetz über ökologisches Gleichgewicht und Um-

weltschutz, Pflanzengesundheits-Gesetz, sowie im Gesetz zum integralen Abfallmanagement. Ebenso wurde das Staatssekretariat für Arbeit und Sozialfürsorge informiert, um die Unterzeichnung des Übereinkommens 184 über Arbeitsschutz in der Landwirtschaft der Internationalen Arbeitsorganisation ILO voranzubringen.

Die Menschenrechtskommission moniert eine Reihe Versäumnisse: so habe die staatliche Kommission zum Schutz vor gesundheitlichen Risiken COFEPRIS die Untersuchung von Risiken und Gesundheitsschäden aus der Umweltverschmutzung durch Pestizide aufgegeben; das Umweltministerium SEMARNAT käme nicht seiner Pflicht zur Vorbeugung einer Kontaminierung von Atmosphäre, Gewässern und Böden durch den unkontrollierten Pestizidgebrauch nach. Das Agrarministerium SADER und das staatliche Amt für Lebensmittelsicherheit SENASICA ihrerseits hätten die Gesetze nicht in Einklang gebracht mit den internationalen Pflanzenschutz-Standards, die die Nutzung mancher chemischer Substanzen beschränkten.

Die mexikanische Menschenrechtskommission empfiehlt daher den Behörden, die völkerrechtlichen Verträge einzuhalten, Vorschriften für das Verbot bzw. die Beschränkung mancher Substanzen zu erlassen, die Durchführungsverordnungen entsprechend der Übereinkommen von Stockholm und Rotterdam, dem Montrealer Protokoll und den Vorgaben internationaler Organisationen wie FAO, WHO und Pestizid-Aktions-Netzwerk zu harmonisieren.

Ferner forderte die Menschenrechtskommission das Finanzministerium auf, Planungsziele im Rahmen des nationalen Entwicklungsprogramms und der Sektorprogramme zu verabschieden, um die Risiken auf ein Minimum zu reduzieren, die der Pestizidgebrauch für Gesundheit und Umwelt mit sich bringe. Die existierende Pestizidgesetzgebung Mexikos müsse dringend aktualisiert und an internationales Recht angepasst werden.

Es solle ein spezielles Komitee gebildet werden, das die negativen Auswirkungen hoch toxischer Pestizide auf die Menschenrechte identifiziere und hierzu forsche, und in dem neben Regierungsvertreterinnen auch Forschungsinstitute und NGOs Mitspracherechte hätten.

Vor allem empfahl die Menschenrechtskommission der Kommission zum Schutz vor gesundheitlichen Risiken COFEPRIS, dass sie der Exekutivgewalt restriktive Maßnahmen für alle chemischen Substanzen aus den Übereinkommen von Rotterdam und Stockholm vorschlagen solle. Von Pestizidvergiftungen betroffene LandarbeiterInnen sollten überdies medizinische Betreuung erhalten. Das Umweltministerium SEMARNAT solle ferner eine Diagnose der Kontaminierung von Böden und Oberflächengewässern erarbeiten. Das Agrarministerium SADER solle eine Studie zu den Risiken durchführen, die mit dem Pestizideinsatz verbunden sind, und ein Nationales Monitoring-Programm für Pestizidrückstände in Gemüse o.ä. formulieren, damit die nötigen Parameter beobachtet würden, um Schäden für die Gesundheit und/oder Umwelt zu verhindern. Das staatliche Amt für Lebensmittelsicherheit SENASICA seinerseits müsse die Rückstands-Höchstgrenzen für Pestizide in Lebensmitteln festlegen und die biologische Effektivität von Pestiziden monitoren.

Die Empfehlung 82/2018 findet sich auf der Website der mexikanischen Menschenrechtskommission: www.cndh.org.mx.

Quelle:

<https://rap-al.org/mexico-comision-nacional-de-derechos-humanos-recomendacion-a-la-semarnat-sader-senasica-y-cofepris-por-el-incumplimiento-a-la-obligacion-general-de-debida-diligencia-para-restringir-l/>

MÉXICO: LA COMISIÓN DE DERECHOS HUMANOS, CNDH, RECOMIENDA A LA SEMARNAT, SADER, SENASICA Y COFEPRIS, POR EL INCUMPLIMIENTO A LA OBLIGACIÓN GENERAL DE DEBIDA DILIGENCIA, PARA RESTRINGIR LA COMERCIALIZACIÓN Y USO DE PLAGUICIDAS DE ALTA PELIGROSIDAD

FEBRERO 7, 2019



Dirección General de Comunicación/ Ciudad de México, a 09 de enero de 2019 Comunicado de Prensa DGC/010/19

DIRIGE CNDH RECOMENDACIÓN A LA SEMARNAT, SADER, SENASICA Y COFEPRIS, POR EL INCUMPLIMIENTO A LA OBLIGACIÓN GENERAL DE DEBIDA DILIGENCIA, PARA RESTRINGIR LA COMERCIALIZACIÓN Y USO DE PLAGUICIDAS DE ALTA PELIGROSIDAD

La omisión de las autoridades federales para adoptar acciones de carácter normativo, administrativo y de políticas públicas para regular adecuadamente el manejo de los plaguicidas altamente peligrosos, en todo su ciclo de vida constituyen violaciones a los derechos humanos a la alimentación, al agua salubre, a un medio ambiente sano y a la salud, por lo que la Comisión Nacional de los Derechos Humanos (CNDH), dirigió la Recomendación 82/2018 a los titulares de la Secretarías del Medio Ambiente y Recursos Naturales (SEMARNAT), de Agricultura y Desarrollo Rural (SADER), Comisión Federal para la Protección Contra Riesgos Sanitarios (COFEPRIS), y del Servicio Nacional de Sanidad, Inocuidad y Calidad Agroalimentaria (SENASICA). Entre julio y agosto de 2017, cuarenta y tres personas interpusieron ante la CNDH escritos para inconformarse por falta de acciones de carácter administrativo, normativo y de políticas públicas para la restricción del uso de plaguicidas altamente peligrosos. Concluida la investigación respectiva, este Organismo Nacional comprobó que el marco legal y reglamentario en materia de plaguicidas, permite la comercialización y el uso de sustancias de alta peligrosidad, que pueden ocasionar un grave daño a la salud de la población, afectar en forma relevante a la biodiversidad y perjudicar el medio ambiente. Existe un gran número de registros sanitarios de plaguicidas con vigencia indeterminada otorgados por la COFEPRIS, que incluyen sustancias cuya alta toxicidad ha sido documentada por organismos internacionales, como la Organización de las Naciones Unidas para la Agricultura y la Alimentación (FAO), la Organización Mundial de la Salud (OMS) y la Red de Acción en Plaguicidas; y cuyo uso ha sido prohibido incluso por algunos Tratados Internacionales de los que el Estado mexicano es parte, tales como el Protocolo de Montreal (1987), los Convenios de Róterdam (1998) y Estocolmo (2001).

De los 35 plaguicidas restringidos por el Convenio de Róterdam, por ejemplo, México prohibió la importación de sólo 20 de ellos, permite el intercambio con sujeción a determinadas condiciones para 10 y del resto no se ha pronunciado. De los 17 pesticidas incluidos en el Convenio de Estocolmo, el Estado mexicano sólo se ha adherido a las condiciones de dicho Tratado para 8 de ellos.

Con ello, este Organismo Nacional acreditó que con esas omisiones se violan los referidos derechos humanos, en agravio de la población en general, al incumplir en la aplicación de los tratados internacionales señalados que implican la prohibición de producción, manejo, comercialización, eliminación progresiva, cancelación y/o revocación de permisos de utilización respecto de sustancias tóxicas contenidas en plaguicidas y en la difusión de información respecto a las mismas.

La Comisión Nacional, remitirá una copia de la Recomendación al Congreso de la Unión, exhortándolo respetuosamente a considerar los argumentos expuestos en dicho documento, para que se realicen las modificaciones legales necesarias en las diversas leyes que involucren el tema de plaguicidas, tales como la Ley General de Salud, la Ley General del Equilibrio Ecológico y la Protección al Ambiente, la Ley Federal de Sanidad Vegetal, la Ley General para la Prevención y Gestión Integral de los Residuos, entre otras. Asimismo, a la titular de la Secretaría del Trabajo y

Previsión Social, para impulsar la firma del Convenio 184 sobre seguridad y salud en la agricultura de la Organización Internacional del Trabajo (OIT).

Este Organismo Nacional observó que, la COFEPRIS dejó de realizar una investigación permanente de los riesgos y daños a la salud que origina la contaminación del ambiente por plaguicidas; la SEMARNAT no ha cumplido en la prevención de contaminación atmosférica, agua y de los suelos, por el uso no controlado de estas sustancias tóxicas. En tanto, la SADER y SENASICA no han cumplido con la armonización de las disposiciones regulatorias y medidas fitosanitarias en materia de plaguicidas, con los estándares internacionales dentro del ámbito de sus atribuciones que restrinjan el uso de algunos compuestos químicos.

Por lo expuesto con anterioridad, la CNDH recomendó a la SEMARNAT, SADER, COFEPRIS y SENASICA dar cumplimiento a los citados tratados internacionales y emitir lineamientos para la prohibición o regulación durante todo su ciclo de vida, así como armonizar las disposiciones administrativas secundarias, manuales de organización y procedimientos internos, tomando en cuenta lo estipulado en los Convenios de Estocolmo, Róterdam y el Protocolo de Montreal, así como por organismos internacionales, como la FAO, la OMS y la Red de Acción en Plaguicidas.

Este Organismo Nacional instó a dichas autoridades federales, a que propongan a la Secretaría de Hacienda y Crédito Público, en el ámbito del Sistema Nacional de Planeación Democrática, la inclusión de objetivos, metas, estrategias y prioridades dentro del Plan Nacional de Desarrollo y los programas sectoriales, para reducir al mínimo los riesgos para la salud y para el medio ambiente, derivados del manejo de plaguicidas.

Inicien el procedimiento administrativo necesario, para llevar a cabo la revisión y actualización de las Normas Oficiales Mexicanas existentes en materia de plaguicidas.

Conformen un Comité Especializado en la Identificación e Investigación sobre los Efectos Adversos de Plaguicidas Altamente Peligrosos, que sea integrado por servidores públicos capacitados, representantes de centros de investigación en la materia y organizaciones de la sociedad civil; implementar programas de capacitación dirigida a los servidores públicos sobre derechos a la alimentación, al agua salubre, a un medio ambiente sano y a la salud, y colaborar con la CNDH en los procedimientos que se instruyan ante los respectivos órganos internos de control.

En particular, la CNDH recomendó a la COFEPRIS proponer al Ejecutivo Federal incorporar medidas de carácter prohibitivo o restrictivo para la totalidad de las sustancias contenidas en los Convenios de Róterdam y de Estocolmo; implementar atención médica en zonas agrícolas a personas con posibles signos de intoxicación por contacto con plaguicidas. A la SEMARNAT, elaborar un diagnóstico del estado actual de contaminación de suelos y agua superficial y subterránea por plaguicidas en las zonas agrícolas.

En el caso de la SADER, a realizar un estudio sobre los riesgos asociados al uso y manejo de los plaguicidas y formular el Programa Nacional de Monitoreo de Residuos de Plaguicidas en Vegetales o algún instrumento similar, que observe los parámetros necesarios para evitar daños a la salud y/o medio ambiente. Al SENASICA, diseñar un procedimiento para determinar los límites máximos de residuos de plaguicidas en alimentos y publicar manual en el que se establezca un procedimiento único para el monitoreo de la efectividad biológica de los plaguicidas.

La Recomendación 82/2018, que ya fue debidamente notificada a sus destinatarios, puede consultarse en página web: www.cndh.org.mx